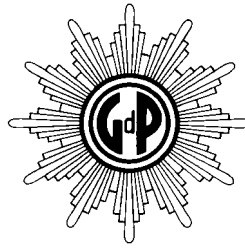


# INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,  
Fernsehen



Gewerkschaft  
der Polizei

<http://www.gdp.de>  
[gdp-pressestelle@gdp-online.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp-online.de)

Bundesvorstand

---

Pressekonferenz der Gewerkschaft der Polizei am 29. Januar 2003 in Berlin

## „Ein sicherer Arbeitsplatz“

Seit Jahren, wie auch jetzt wieder in der jüngst abgeschlossenen Tarifrunde des öffentlichen Dienstes, halten die Arbeitgeber den Forderungen der Beschäftigten der Polizei das Argument des sicheren Arbeitsplatzes entgegen.

Ein sicherer Arbeitsplatz hat in unsicheren wirtschaftlichen Zeiten einen unbestritten hohen Wert.

### Wie sicher ist ein Arbeitsplatz bei der Polizei?

Seit 1945 bis Ende 2002 sind 385 Polizistinnen und Polizisten durch Rechtsbrecher getötet worden. Bis Ende 2001 verunglückten 1391 Polizeibeamte in Ausübung des Dienstes tödlich. Noch liegen die offiziellen Zahlen des letzten Jahres nicht vor, doch soweit bekannt, ließen vier Polizistinnen und Polizisten bei Unfällen in Ausübung des Dienstes ihr Leben.

Die Polizeiführungsakademie (PFA) in Münster-Hiltrup ermittelte, dass rund 700 Beamtinnen und Beamte pro Jahr im Dienst so schwer verletzt werden, dass sie mehr als sieben Tage dienstunfähig sind. Dies, so die PFA, sei „natürlich nur die Spitze des Eisberges“. Die Masse der Fälle bliebe unerfasst, da meist weniger als sieben Tage krank geschrieben würde.

In 687 von rund 4.000 Fällen, in denen Polizistinnen und Polizisten zwischen 1985 und 2000 angegriffen wurden, geschah dies mit der Absicht, sie zu töten, ermittelte das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) in Hannover in einer durch die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) und der GdP finanzierten Studie. Dabei ergäben sich, so das KFN, mehr als 80 Prozent aller Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte ganz plötzlich aus scheinbar harmlosen Situationen.

#### Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin  
Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 200  
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Diese Angriffe geschehen in den meisten Fällen zur Nachtzeit, auf öffentlichen Plätzen und in bürgerlichen Wohngebieten. Meistens waren es Streifenwagenbesatzungen, die angegriffen wurden – was nur die langjährige Erfahrung der GdP bestätigt, dass die Streifentätigkeit die größten Risiken für den Polizei-Beruf enthält.

Die große Mehrheit der Angriffe mit Tötungsabsicht und mit ernsthaften Folgen war das Ergebnis ganz alltäglicher Tätigkeiten wie das Ansprechen einer Person, Überprüfung der Identität, Verfolgung von Verdächtigen oder das Anhalten flüchtender Personen.

Der Polizeiberuf ist schwerer und gefährlicher geworden. Weisungen und Handeln der Polizei werden immer weniger akzeptiert. Die Zahl der so genannten „Widerstände gegen die Staatsgewalt“, die die Straftatbestände „öffentliche Aufforderung zu Straftaten“, „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“, „Gefangenenbefreiung“ und „Gefangenenmeuterei“ umfasst, ist um über 23 v.H. von 17.324 Fällen im Jahr 1995 auf 21.379 Fälle im Jahr 2001 gestiegen. Dabei wurde in 1.043 Fällen mit der Schusswaffe gedroht und in 165 Fällen tatsächlich geschossen.

### **Belastungen steigen – Personal fehlt**

Die Polizei ist heute über neue Aufgaben und neue Dimensionen bisheriger Aufgaben weit mehr belastet – der Aufgabenzuwachs entwickelte sich in den letzten Jahren rasant:

- Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (allein für 854 OK-Verfahren im Jahre 2000 waren über 3000 Polizisten gebunden)
- Einrichtung von Prüfgruppen zur Bekämpfung schwerer Fälle der Wirtschaftskriminalität
- Neue Formen von Wirtschafts- und Organisierter Kriminalität (Geldwäsche, Anlagebetrug)
- Verstärkte Bekämpfung des Menschenhandels und der illegalen Einwanderung
- Einrichtung der Gen-Datei
- Computer-Kriminalität
- Internet-Kriminalität
- Bekämpfung des Rechtsextremismus / erhebliche Zunahme von „Demos von Rechts“
- Zunahme von Objektschutzmaßnahmen / Schutz von Demonstrationen
- Beispiel Berlin: Als Auswirkung des Nahostkonflikts erhöhte sich die Zahl der zu schützenden Objekte von 45 auf 100. Die Zahl der Staatsbesuche stieg von 135 im Jahre 1988 auf 501 im Jahre 2000 – eine Steigerung von 370 %. In den Jahren 1997 bis 2000 fanden durchschnittlich 2.150 Veranstaltungen pro Jahr statt, das sind knapp 6 Versammlungen pro Tag.
- Bekämpfung von Graffiti-Schmierereien
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Lebensmittelskandalen (BSE).
- Ausbau der internationalen Zusammenarbeit (EUROPOL, Schengener Informationssystem)
- Einsatz von Polizeikräften in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo

- Mehraufgaben durch neue Gesetze wie z. B. Handy-Verbot beim Autofahren oder Senkung der Promillegrenze auf 0,5 Promille
- Neue Dimensionen des Terrorismus
- Fußballweltmeisterschaft 2006

Diesem erheblichen Aufgabenzuwachs steht ein seit Jahren andauernder Personalabbau bei der Polizei gegenüber. Seit 1997 ist die Zahl der Planstellen bei der Polizei von Bund und Ländern um ca. 3.000 zurück gegangen.

Seit 1997 verringerte sich die Gesamtzahl der Plan- und Ausbildungsstellen um rund ein Prozent. Die Länder verloren rund 1,15 Prozent.

### **Kriminalitätsentwicklung**

Die der GdP bisher vorliegenden Erkenntnisse aus den Ländern lassen den Schluss zu, dass kein Rückgang der Kriminalität von dem bisher hohen Niveau zu erwarten ist. So haben sich z.B. die erfassten Delikte in Nordrhein-Westfalen um 5,3 Prozent, in Niedersachsen um 11,5 Prozent und Baden-Württemberg um ca. 6 Prozent erhöht.

Lediglich Bayern wies in der Halbjahresstatistik einen Rückgang um 4,2 Prozent aus. Natürlich lassen sich aus diesen Zahlen nur Trends erkennen. Weder die ganzjährige Entwicklung noch detaillierte Aussagen sind daraus abzuleiten. Die vorgelegten Zahlen lassen aber für das Jahr 2002 prognostizieren, dass die Gewaltdelikte auf dem gleich hohen Niveau wie im Vorjahr verbleiben werden. Insbesondere bei den Körperverletzungen sind teilweise erhebliche Anstiege zu erwarten, da bereits die Halbjahresergebnisse starke Anstiege auswiesen (Nordrhein-Westfalen + 6,8 Prozent; Niedersachsen + 9,31 Prozent).

Dieser Trend lässt auf eine steigende Gewaltbereitschaft schließen. Auch die Polizei bleibt von dieser Tendenz nicht verschont, wie die gewalttätigen Übergriffe bei den Mai-Krawallen oder anlässlich des Castor-Transportes besonders anschaulich verdeutlichen. Das Jahr 2002 hat gezeigt, dass der Polizeiberuf nichts von seiner Gefährlichkeit eingebüßt hat.

### **Sicherheitslage**

Die Sicherheitslage ist angespannt.

Die terroristische Bedrohung ist keine schnell vorübergehende Zeiterscheinung. Sie ist weltumspannend und gefährdet die innere Sicherheit in Deutschland zunehmend. Daher müssen die Polizeien der Länder und des Bundes personell, materiell und organisatorisch auf eine erhebliche Mehrbelastung eingestellt sein.

Die derzeitige provisorische Lösung, den sprunghaft gestiegenen Personalbedarf für Objekt- und Personenschutz, Ermittlungen und Fahndungen durch Schwächungen mit Sicherheitsverlusten an anderer Stelle zu decken, muss möglichst schnell beendet werden.

Politiker weisen immer wieder darauf hin, dass die demografische Entwicklung aufgrund der immer älter werdenden deutschen Wohnbevölkerung und der gleichbleibend niedrigen Geburtenrate erwarten lässt, dass es in zehn Jahren weniger Menschen im so genannten kriminalitätsaktiven Alter geben wird. Die Zahl der registrierten Gesamtkriminalität werde daher auf dem derzeitigen hohen Niveau stagnieren bzw. leicht zurückgehen.

Übersehen wird dabei, dass die Migrationsbewegung und die Osterweiterung der EU mit ihrer Freizügigkeit und der freien Wahl des Arbeitsplatzes besonders junge aktive Menschen anlocken wird, die die vergleichsweise deutlich besseren wirtschaftlichen Bedingungen für sich zu nutzen versuchen werden. Der Schutz der EU-Außengrenzen wird aufgrund völlig anderer geografischer Bedingungen nicht in dem Maße zu garantieren sein, wie es bisher Standard ist. Dies heißt, dass es ein größeres Ausmaß an illegalen Personen- und Warentransporten geben wird. Der Schmuggel wird blühen.

Illegale Zuwanderung bedeutet zugleich, dass der Lebensunterhalt kaum anders als ebenfalls illegal zu bestreiten sein wird – und dies angesichts einer Altersgruppe, die vor allem dem kriminalitätsaktiven Bereich angehört.

Auch der europäische Integrationsprozess hat Einfluss auf die künftige Entwicklung der Sicherheitslage. Es genügt nicht, nur im Kontext eines Bundeslandes oder der Bundesrepublik Deutschland polizeilich zu denken. Die Europäische Union muss nicht nur als gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Raum gesehen werden, sondern auch als gemeinsamer kriminalgeografischer und verkehrsgeografischer Raum.

Schon aufgrund unterschiedlicher Rechtsgrundlagen sind die Grenzen zwischen legaler und illegaler wirtschaftlicher Tätigkeit unscharf, weil nationales Recht mit Leichtigkeit unterlaufen werden kann. Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie tut ein übriges, um das Entstehen und Unterhalten ganzer krimineller Netzwerke zu begünstigen. Hinzu treten völlig neue Kriminalitätsformen wie z.B. die Nutzung des Internet zur Verbreitung strafbarer Inhalte.

Polizeieinsätze werden immer gigantischere Ausmaße annehmen. Daran ist die nationale Politik, aber auch die EU sowie die internationale Politik einschließlich der Globalisierung Schuld.

Der Einsatz von 30.000 Polizistinnen und Polizisten bei Castor-Transporten ist nicht ungewöhnlich – andere Großereignisse erforderten in der Vergangenheit ähnlich hohe Einsatzstärken.

30.000 – das ist mehr als das Dreifache, was Dänemark überhaupt an Polizistinnen und Polizisten aufzubieten hat.

Zehntausende Polizistinnen und Polizisten, die fast jedes Wochenende bundesweit zu den verschiedensten Anlässen zusammengesucht werden, sind von ihren üblichen Aufgaben abgezogen. Diejenigen, die zurück bleiben, machen dafür 12-Stunden-Dienste, damit wenigstens noch ein Rest an Polizeipräsenz übrig bleibt.

Am Ende stehen Berge von Millionen von Überstunden, was wiederum von der täglichen Präsenz auf der Straße abgeht.

## **Damit nicht genug:**

- Auf EU-Ebene soll künftig eine 5.000 Mann starke Polizei-Einheit für internationale Kriseneinsätze aufgebaut werden.
- Im Sommer 2002 fasste der Europäische Rat den Beschluss für eine EU-Grenzpolizei.

Die außenpolitische Rolle Deutschlands verlangt zunehmend auch die aktive Mitwirkung bei Friedensmissionen oder die Vermittlung bei Konflikten. Politische Treffen oder Besuche ausländischer Staatsgäste in Deutschland nehmen zu und erfordern einen hohen Sicherheitsstandard, der wiederum eine starke Polizeipräsenz voraussetzt.

Das führt ganz konkret dazu, dass der Bürger Sicherheitseinbußen zugunsten solcher politischer Ereignisse hinnehmen muss. Anlässlich des Staatsbesuchs von Russlands Präsident Putin Ende September 2001 in Düsseldorf mussten Polizeiwachen geschlossen werden, um genügend Kräfte für die Gewährleistung der Sicherheitsstufe I zur Verfügung zu haben.

Ein heikles gesellschaftliches Phänomen entwickelt sich zu einem Sicherheitsproblem: die zunehmende Anonymisierung der Gesellschaft, zu der parallel die traditionellen Formen der informellen sozialen Kontrolle abnehmen, wie sie etwa Familie oder Nachbarschaft leisten. Damit wächst die Neigung und die Unfähigkeit der Bürger, Konflikte untereinander zu regeln. Die Folge ist, dass die Polizei immer mehr gefragt ist, und zwar als Moderator, als Streitschlichter.

## **Wir brauchen in Zukunft mehr Personal bei der Polizei.**

Im Sicherheitsprogramm der Innenministerkonferenz von 1972 wurde erstmals ein Schlüssel festgelegt, nach dem der Bedarf an Polizeikräften errechnet wurde. Das war die so genannte Polizeidichte (1 Polizist zu 400 Bürgern). Im Grunde war diese Verhältniszahl schon damals eine willkürliche Festlegung. Heute, nach fast 30 Jahren, ist sie von den Realitäten der inneren Sicherheit weiter entfernt denn je.

Die Polizei braucht in Zukunft mehr denn je fachlich hochqualifizierte Polizistinnen und Polizisten in ausreichender Zahl, um die Anforderungen der veränderten Sicherheitslage bewältigen zu können. Nur die Tatsache der Anstellung auf Lebenszeit, der „sichere Arbeitsplatz“, wird für den Nachwuchs, den die Polizei dringend braucht, kein hinreichendes Lockmittel sein, einen derart gefährlichen und aufreibenden Beruf zu ergreifen. Polizistinnen und Polizisten müssen sozial abgesichert sein und an den Einkommensentwicklungen in anderen Berufen teilnehmen.